



VERBINDUNGSSTELLE DER BUNDESLÄNDER

BEIM AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG

1010 Wien Schenkenstraße 4

Telefon 01 535 37 61 Telefax 01 535 37 61 29 E-Mail vst@vst.gv.at

Kennzeichen **VSt-1712/454**
Datum 20. Oktober 2011
Bearbeiter Wolfgang Müller
Durchwahl 13

E-Mail

Betrifft
E-Government;
White Paper IPv6 in der öffentlichen Verwaltung

Beilage

An den
Herrn Landesamtsdirektor
von
Burgenland
Kärnten
Niederösterreich
Oberösterreich
Salzburg
Steiermark
Tirol
Vorarlberg
Wien

An den
Österreichischen Städtebund
Rathaus
1082 Wien

(post@staedtebund.gv.at)

An den
Österreichischen Gemeindebund
Löwelstraße 6
1010 Wien

(office@gemeindebund.gv.at)

An das
Bundeskanzleramt
IKT-Strategie des Bundes
Ballhausplatz 2
1010 Wien
(zu BKA-410.030/0014-I/IKT/2011 vom 11.10.2011)

(ikt@bka.gv.at)

Die Verbindungsstelle übermittelt in der Beilage das im Rahmen des Arbeitskreises erarbeitete und nach finaler Abstimmung in der IKT-BUND Sitzung vom 29. Juni 2011 und der AGLeiter-Sitzung vom 7. September 2011 Dokument „**White Paper IPv6**“ mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme.

Das Internet basiert auf der Nutzung von standardisierten Protokollen. Eines der wesentlichsten Protokolle zur Nutzung des Internet ist das Internet Protokoll, welches die weltweit eindeutige Adressierung der einzelnen Teilnehmer am Internet sicherstellt. Bereits im Jahr 1980 wurde das Internet Protokoll Version 4 entwickelt, welches theoretisch 4,3 Milliarden Adressen zur Verfügung stellt. Praktisch gesehen jedoch viel weniger. Aufgrund der Protokoll-Architektur ist ein Teil der Adressen für spezifische Zwecke wie Multicast-Services, private Adressräume, usw. reserviert. Dadurch wird die Zahl der tatsächlich zur Verfügung stehen Adressen verkleinert.

Anfang 2011 wurden die letzten IPv4-Adressblöcke von der internationalen Organisation IANA, welche weltweit die Adressen verwaltet, an die regionalen Internet Registratoren vergeben. Seitens RIPE-NCC, dem europäischen Registrar, werden aktuell die letzten IPv4-Adressblöcke vergeben. Bei konstant steigendem Bedarf an IPv4-Adressen sind mit Ende 2011 die letzten IPv4-Adressen in Europa vergeben.

Auf Basis der bestehenden Faktenlage ergeben sich sowohl technische als auch rechtliche Anforderungen. Werden zukünftig neue Internetbenutzer, seien es private Haushalte, Unternehmen oder Teile der öffentlichen Verwaltung, nur mehr über IPv6 an das Internet angebunden, ist für diese die Erreichbarkeit der Internet-Services nicht mehr sichergestellt. Ohne Gegenmaßnahmen ist das Ergebnis eine digitale Kluft im Internet zwischen IPv4- und IPv6-Teilnetzen.

Das vorliegende Dokument stellt Basisinformationen zum Thema IPv6 in der öffentlichen Verwaltung bereit. Es gibt einen Überblick über die technischen und rechtlichen Anforderungen und definiert grundlegende Maßnahmen zur Implementierung von IPv6.

Ansprechpartner zu den angeschlossenen Dokumenten:
Dipl.-Ing. Timo MISCHITZ
Bundeskanzleramt, Abteilung. I/13
E-Mail: timo.mischitz@bka.gv.at
Tel: +43 (1) 53 115 / 2545

Der Leiter
Dr. Andreas Rosner